

Pro Köln

Sitz / Verbreitung

Köln

Gründung / Bestehen seit

1996

Struktur / Repräsentanz

Vorsitzender von **Pro Köln** ist seit 2014 Michael Gabel; der Verein ist nur in Köln aktiv; als Gruppe im Stadtrat mit zwei Mandaten und fünf Mandaten in Bezirksvertretungen

Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2017

circa 200 Mitglieder (Tendenz weiterhin rückläufig)

Veröffentlichungen

Publikationen: **KÖLN UNZENSIERT** - vormalis „Fraktionszeitung **KÖLN UNZENSIERT**“, Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile in den sozialen Netzwerken

Kurzportrait / Ziele

Pro Köln entstand 1996 im Wesentlichen auf Betreiben von langjährig aktiven Rechtsextremisten. Im Stadtrat ist sie als Ratsgruppe mit zwei Mandatsträgern vertreten. **Pro Köln** versucht sich überwiegend bürgerlich zu inszenieren. Inhaltlich vertritt die Organisation dezidiert fremdenfeindliche und islamfeindliche Positionen, diffamiert Migranten, insbesondere Flüchtlinge, und schürt Ängste vor ihnen. **Pro Köln** versucht in der Gesellschaft diskutierte Themen zu nutzen, um eigene rechtsextremistische Sichtweisen und Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu verbreiten.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuwendungen an die Gruppe im Kölner Stadtrat

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Pro Köln missachtet mit seinen Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Der Verein vermittelt ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, welches ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder ethnischen Zugehörigkeit anknüpft. Eine differenzierte Betrachtung, die andere Aspekte einbezieht, blendet er dabei aus. Mit dieser Art der Darstellung schürt **Pro Köln** Ablehnung und versucht, Ängste in Teilen der Bevölkerung aufzugreifen und zu instrumentalisieren.

Eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit stellt die Islamfeindlichkeit dar. So verbreitet **Pro Köln** seit Bestehen öffentlichkeitswirksam Vorurteile über Muslime, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Er unterscheidet dabei bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. Die diskreditierende Gleichsetzung zielt darauf ab, eine Glaubensgemeinschaft pauschal für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen und sie als Bedrohung darzustellen. Beispielsweise postete der Verein am 18. August 2017 auf seinem Facebookprofil folgendes Statement: „Nachdem linke Multikultiphantasten den Islam in Europa ansiedeln wollen und es nun Anschläge am laufenden Band gibt (es gab gestern gleich noch einen zweiten Anschlag in Spanien), hilft vielleicht nur noch Schweineblut.“

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen bestätigte mit einem Beschluss vom 21. Februar 2014 eine vorhergehende Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf, wonach die Nennung von **Pro Köln** im Verfassungsschutzbericht rechtmäßig ist. „Es hat aus den im Urteil wiedergegebenen Verlautbarungen und Aktivitäten des Klägers bzw. seiner Funktionäre rechtsfehlerfrei auf den Verdacht einer gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte verstößenden ausländerfeindlichen Ausrichtung und auch im Übrigen verfassungswidriger Bestrebungen des Klägers geschlossen.“

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Auch im Jahr 2017 legte **Pro Köln** seinen Schwerpunkt auf eine flüchtlings- und islamfeindliche Politik. Der Verein instrumentalisierte wiederholt die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 am Kölner Hauptbahnhof, um Flüchtlinge pauschal zu diskreditieren und sie als Feindbild darzustellen.

Nach der Spaltung von **Pro NRW** im Jahr 2015 büßte der Verein zunehmend an Handlungsfähigkeit ein, weil Mitglieder die Organisation verließen oder demotiviert ihre Aktivitäten einstellten. Insofern gab es 2017 nur vereinzelte Aktivitäten im Stadtraum. Im Rat der Stadt Köln meldete sich die Ratsgruppe von **Pro Köln** kaum zu Wort. Die Ratsgruppe verwendet ihre Mittel, um unter anderem eine schmale Zeitschrift herauszubringen, in der sie ausgiebig über die Aktivitäten des Vereins, insbesondere die neue Webseite, berichtet. Des Weiteren führte sie einen Neujahrsempfang am 22. Januar 2017 durch. Als Hauptredner trat ein wegen Volksverhetzung verurteilter Publizist auf, der aus seinem Buch „Umvolkung. Wie die Deutschen still und leise ausgetauscht werden“ vorlas. Der Begriff „Umvolkung“ stammt aus dem Sprachgebrauch des Nationalsozialismus für bevölkerungspolitische Maßnahmen im Sinne der NS-Ideologie. Derzeit verwenden den Begriff Rechtsextremisten, um ihre fremdenfeindlichen Positionen zu verbreiten. Sie wollen den Eindruck erwecken, dass durch Einwanderung eine ethnisch homogene Bevölkerungsgruppe durch eine andere ethnisch homogene Bevölkerungsgruppe vertrieben würde.

Der Verein konzentrierte 2017 seine Anstrengungen besonders auf die virtuelle Propaganda. Seit Mai 2017 erscheint die Webseite des Vereins in einem neuen Design unter dem Namen „**Köln unzensiert**“. Auf den ersten Eindruck erweckt die Webseite nun den Eindruck eines Blogs zu kommunalen Themen. Erst bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass **Pro Köln** die Webseite betreibt. Dort hat **Pro Köln** im Jahr 2017 unter dem Titel „Überfremdungs-Olympiade“ eine Serie von Beiträgen begonnen. Dabei vergibt sie „Plätze“ für die einzelnen Stadtteile nach dem prozentualen Anteil von Migranten unter den dort lebenden Menschen. Dadurch will **Pro Köln** in rassistisch-verschwörungstheoretischer Manier einen „schleichenden Bevölkerungsaustausch“ als bewiesen verstehen. Zudem suggeriert der Verein mit seiner „Überfremdungs-Olympiade“, dass ein Mehr an Migranten pauschal ein Mehr an negativen Entwicklungen bedeutet. So baut **Pro Köln** ein Angst-Szenario auf. Der Verein behauptet, durch den vermeintlich hohen Anteil an Migranten werden „sich viele, auch ethnisch-religiös bedingte, Konflikte zwischen alteingesessener Bevölkerung und Neubewohnern entladen“ und „... die Probleme bei der Integration von Zugewanderten und kulturelle bzw. religiöse Spannungen ... voraussichtlich weiter zunehmen.“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Pro Köln setzt weiterhin seinen Schwerpunkt auf fremdenfeindliche Kampagnen, die sich vor allem gegen Flüchtlinge und Muslime richten. Der Verlust des Fraktionsstatus von **Pro Köln** bei der Kommunalwahl 2014, die nachfolgenden Streitigkeiten innerhalb der **Pro-Bewegung** und der personelle Aderlass haben die Handlungsfähigkeit und Bedeutung des Vereins enorm eingeschränkt.

Als Konsequenz daraus erhielt auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 15. April 2018 der Antrag des Vorstandes für die sofortige Vereinsauflösung 97,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die bisherigen **Pro Köln**-Ratsmitglieder und -Bezirksvertreter wollen ihre Mandate als Parteilose weiter ausüben.